

# Der Volksstaat

Abonnementspreis  
für ganz Deutschland  
16 Sgr. pro Quartal.

Monats-Abonnements  
werden bei allen deutschen  
Postanstalten auf den Dien-  
u. den Monat und auf den  
den Monat besonders an-  
genommen; im Agr. Sachsen  
u. Przgl. Sachf. Altenburg  
auch auf den 1ten Monat des  
Quartals à 5 1/2 Sgr.

Erscheint in Leipzig  
Mittwoch, Freitag, Sonntag.  
Bestellungen nehmen an alle  
Postanstalten u. Buchhand-  
lungen des In- u. Auslandes.  
Filial-Expeditionen  
für die Vereinigten Staaten:  
F. R. Sorge,  
Box 101 Hoboken, N. J.  
Peter Haj,  
S. W. Corner Third and  
Coates str. Philadelphia.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 1 Rgr., — Privat- und Vergnügungs-Anzeigen mit 2 1/2 Rgr. die dreispaltige Blatt-Zeile berechnet.

Nr. 103

Freitag, 4. September.

1874.

## Abonnements auf den „Volksstaat“

für den Monat September zu 5 1/2 Silbergroschen werden bei allen deutschen Postanstalten, für Leipzig pro Monat zu 6 Rgr. bei der Expedition, Zeitersstraße 44, und bei Colporteur Müller, in der Umgegend von Leipzig bei den Filial-Expeditionen: für Volkmarzdorf, Reuditz, Neuschönefeld, u. c. bei Frau Friedrich, Anger Nr. 5, für Bennewitz u. bei Teubert, Bornaische Straße 19, für Kleinschöcher und Umgegend bei Fleischer, Nr. 87 daselbst, für Thonberg bei Horn, Hauptstr. Nr. 95, für Plagwitz und Lindenau bei Dr. Schuster, Merseburgerstr. 26, für Gohlis u. bei D. Peufert, Hauptstr. 19.

Für Berlin wird auf den „Volksstaat“ monatlich für 7 1/2 Sgr. frei in's Haus abonniert, bei Trautmann, Angelufer 6b, 4 Treppen; — Kubenow, Brunnstraße 34 im Laden; Meyner, Elisabethstr. 1; Vogel, Prinzenstr. 61. Krause, Zionskirchplatz 2, 3 Tr.

Der Abonnementsbetrag ist bei Bestellung zu entrichten

## Die Geschichte als Lehrmeisterin.

Buckle, der berühmte englische Kulturhistoriker, der für sich allein mehr Wissen und Verstand besaß, als alle unsere kulturkämpfenden Felder zusammen genommen; Buckle, der leider durch einen frühen Tod der Menschheit zu früh und zu ihrem Nachteil entzogen worden, während viele Andere in einflussreichen Stellungen sich breit machen, deren Verschwinden von der Bühne der Menschheit nur Augen bringen könnte, schreibt in seinem gefeierten Werk: „Die Geschichte der Civilisation in England“ in Bezug auf die Geschichte Schottlands folgendes:

„Jede Leidenschaft ruft ihren Gegensatz hervor. Grausamkeit von heute bringt morgen Theilnahme hervor. Der Haß gegen Ungerechtigkeit trägt mehr dazu bei, als irgend etwas Anderes, die Ungleichheiten des Lebens zu beseitigen und die Begehrenheiten in ihrem Gleichgewicht zu erhalten. Es ist dieser Widerwille gegen die Tyrannei, welcher die warmsten Beispiele des Verzuges ihrer innersten Tiefe aufregt und es dadurch der Tyrannei unmöglich macht, einen schließlichen Erfolg davonzutragen. Dies ist in Wahrheit die edlere Seite unserer Natur; dies ist die Eigenheit in uns, welche den Stempel göttlicher Schönheit trägt, ihren himmlischen Ursprung an den Tag legt, ein Mittel gegen die entsetzlichen Wechselfälle darbietet und doch unsere sicherste Bürgschaft ist, daß Gewaltthätigkeit schließlich niemals triumphiren, daß früher oder später der Despotismus immer über den Haufen geworfen wird, und daß die großen und dauernden Interessen des Menschengeschlechts durch die bösen Rathschläge ungerechter Menschen nie in Gefahr gerathen werden.“

Unter den zahlreichen Beispielen, welche Buckle aus der Geschichte verschiedener Länder anführt, die seine Ansichten vollkommen bestätigen, wollen wir hier auf zwei Perioden der wichtigsten europäischen Kulturstaaten aufmerksam machen.

Als die elendeste und nichtswürdigste Regierung, welche England in den letzten zwei Jahrhunderten gehabt, mag diejenige Georgs III. bezeichnet werden. Sie provocirte nicht nur durch ihre brutalen Maximen den Krieg mit Englands blühendster Colonie, den heutigen Vereinigten Staaten, sondern führte auch deren schließlichen Verlust herbei. Außerdem zeigte sich von vornherein aufs allerfeindlichste gegen die französische Revolution und begann zugleich in ihrem eignen Lande ein Unterdrückungssystem, wie es seit der Zeit Karls II. nicht erhört worden war.

Ganz besonders richtete sie ihre Bestrebungen gegen die Grund- und Capitel der englischen Freiheit, das Versammlungrecht und die Pressfreiheit. Die Verfolgungen, welche sie hiergegen in Scene setzte, die Strafen, welche sie gegen ihre Vertheidiger schickte, sind unerhört, und in dieser Beziehung sind unsere „Kulturkämpfer“ in Deutschland allerdings noch Stümper. Aber alle diese Gewaltthätigkeiten, obgleich sie Jahrzehnte andauerten und von den herrschenden Klassen in- und außerhalb des Parlaments aufs kräftigste unterstützt wurden, waren nicht im Stande, den englischen Volksggeist zu brechen, und dieser nöthigte schließlich die Regierung, in andere Bahnen einzulenken.

Zu welchen Mitteln die verrückte Regierung Georgs III., die von 1760—1811 währte, und wo der König in Bahnsinn verfiel, griff, mögen einige Angaben beweisen. Sie verbot alle Versammlungen, wenn sie nicht fünf Tage vorher mit Angabe der Zeit und des Ortes in einer Zeitung veröffentlicht wurden. Die Einladung mußte von Hausbesitzern unterzeichnet sein und das Manuscript in den Händen der Friedensrichter deponirt werden. Jeder einzelne Richter konnte die Versammlung auflösen und die Reiter sofort verhaften, wenn sie gegen den König oder die Regierung austraten. 1799 wurde die Abhaltung öffentlicher Versammlungen unter freiem Himmel von der Genehmigung der Behörden abhängig gemacht. Wir sehen, unsere Regierungen haben diese Bestimmungen allesamt getreulich kopirt. Die Erlaubniß, Festungen und Dächer anzusehen, wurde von der Genehmigung zweier Friedensrichter abhängig gemacht und mußte jedes Jahr erneuert werden. Wer gegen die Versammlungsbestimmungen oder das Dächeransetzen fehlte, sollte mit 100 Pfd. St. (4000 Thlr.) bestraft werden. Jeder der dabei half oder einer Versammlung vorsah, sollte 20 Pfd. St. bezahlen. Auch sollte der Eigentümer eines Hauses, in dem dergleichen vorkam, als Inhaber eines „unsittlichen Hauses“ bestraft werden. Wenn eine Versam-

lung aus 12 oder mehr Personen bestand und länger als eine Stunde, nach dem Befehl auseinanderzugehen, beisammen blieb, stand die Todesstrafe auf dieses Vergehen. Die Landesgefängnisse waren von politischen Gefangenen überfüllt, die mit der schrecklichsten Strenge behandelt wurden. Die Privatbriefe derer, die als „Reformer“ galten, wurden von der Post geöffnet. Kein Wort durfte von Jemand veröffentlicht werden, der mit dem Hof schlecht stand; Jeder, der mit der Regierung in Opposition war, galt als Feind des Vaterlandes. (Reichsfeind.) Versammlungen wurden durch Soldaten gesperrt, eine Unmasse Spione bezahlt, Zeugen gekauft, Geschworene ausgesucht. Die Kaffeehäuser, Gasthäuser und Clubs sahen voll Stiebers. Die Habeas-Corpus-Acte, die jedem Engländer die Freiheit der Person garantirt, war beständig suspendirt.

Die Revolution war nahe am Ausbrechen, und der berühmte Fox, später Minister, erklärte öffentlich 1795 im Parlament: „wenn die in Vorschlag gebrachten schwachen Gesetze durchgehen sollten, würde gewaltsamer Widerstand gegen die Regierung nur noch eine Frage der Klugheit sein, und wenn sich das Volk dem Kampfe gewachsen fühlte, würde es berechtigt sein, sich den Willkürmaßnahmen der Regierung mit Gewalt zu widersetzen.“

Die Revolution brach nicht aus; die Hartnäckigkeit, mit der das Volk, wo die Gelegenheit sich bot, sich den Maßregeln der Regierung widersetzte, zwang sie schließlich zur Umkehr. Und heute sind die Press-, Vereins- und Versammlungsfreiheiten nicht nur in England seit vielen Jahrzehnten in unbeschränkter Gültigkeit, sondern auch in der öffentlichen Meinung des Landes so fest begründet, daß jeder Minister, der es wagte, sie ernsthaft anzutasten, von seinem Sitz hinweggesetzt würde. Diesen Freiheiten verdankt England seine ruhige politische und soziale Entwicklung.

Wie gestalteten sich nun die Dinge in Frankreich? Nach dem Tode des despotischen Ludwig XIV. (1715) folgte die lächerliche und verschwenderische Regentenschaft des Herzogs von Orleans und dieser die nicht minder corrupte Regierung Ludwigs XV. Der Despotismus und die Plünderung en gros lastete mit bleierner Schwere auf Frankreich, aber die Geister sangen an sich zu empören. Auf allen Gebieten regte es sich, in der Philosophie, Politik, Nationalökonomie, den Naturwissenschaften u. c. wurden Untersuchungen angestellt und kamen binnen wenigen Jahrzehnten eine so große Zahl bedeutender und gewaltiger Männer zum Vorschein, wie sie Frankreich bis dato noch nie gesehen und kein Land in ähnlichem Maße sie aufweisen kann. Die Regierung und die herrschenden Stände, Adel und Geistlichkeit, unterdrückten und exaltirten nach Herzenslust. Männer wie Voltaire, Diderot, d'Alembert, Beaumarchais, Buffon, Helvetius, Montesquieu, Mably, Rousseau, La Harpe und hunderte Andere wurden in die Gefängnisse, namentlich die berüchtigte Bastille geworfen und oft viele Jahre lang darin gehalten. Ihre Schriften wurden durch Henkers Hand verbrannt, die Verfasser in die Verbannung gestossen oder zu öffentlichem Widerruf gezwungen. Nicht das geringste politische Recht existirte. Und die Antwort auf diese Gewaltthätigkeiten?

Das war die große französische Revolution, die Ludwig XVI. und seine Frau Maria Antoinette, nebst vielen tausenden von Adligen und Geistlichen und ihren Helfershelfern köpft, ihre Güter konfiscirte, das Königthum abschaffte und jene Prinzipien zur Geltung brachte, die mehr als ein halbes Jahrhundert lang aus Furchtbarste verfolgt worden waren, schließlich aber sich die Herrschaft in Frankreich, wie in allen Kulturstaaten, das Reich der „Gottesfurcht und frommen Sitte“ nicht ausgeschlossen, erkämpften.

Das sind lehrreiche Thatsachen, die jeder denkenden Regierung den Weg zeigen sollten, den sie gegenüber neuen geistigen Strömungen einschlagen mußte. Buckle aber kommt nach zahlreichen Untersuchungen schließlich zu dem Resultat, „daß, obgleich er viele tausend Briefe von Diplomaten und Staatsmännern gelesen, kaum einen gefunden, von dem er sagen könne, daß er den Geist und die Richtung des Zeitalters verstand, in dem er lebte“. Daß zu dieser Annahme von Staatsmännern und Diplomaten unser „großer Staatsmann“ in Berlin nicht gehört, werden die Leser ohne Weiteres zugeben.

Aber unsere deutsche Geschichte bietet uns in diesem Jahrhundert ebenfalls ein sehr lehrreiches Beispiel, das zeigt, wie alles Anstreben gegen die Zeitströmung die pure Don Quixoterie ist. Die französischen Siege und Eroberungen zu Anfang dieses Jahrhunderts in Deutschland unter Bonaparte setzten die mittelalterlichen Spinnweben aus den deutschen Denkerschädeln. Die Zerkümmern des alten „heiligen“ deutschen Reichs war eine nothwendige That. Die unter französischer Fremdherrschaft eingesetzten modernen Ideen sangen nach den sogenannten Befreiungskriegen an in den Köpfen zu rumoren, und namentlich war es die bürgerlich-studentische Jugend, die für die Freiheit und Einheit der Nation zu schwärmen begann. Die zopfigen Staatsmänner und Regierungen bekamen einen Todessehnen. Es begannen die berüchtigten sogenannten Demagogenerfolgungen. Hunderte junger Männer mußten Jahre lang als Untersuchungs-gefangene in die Gefängnisse wandern. Viele gingen darin zu Grunde, Andere flüchteten. Die Spionage und die Censur standen in äppigster Blüthe, es kam eine Zeit, an die unsere „Liberalen“ heute noch mit Grimm und Entsetzen denken und welche die Hauptverfolger, die Kampp, Zschoppe, Schmalz und Consorten für ewige Zeiten der Verachtung und dem Fluche Preis gegeben hat. 1828 wurde die sogenannte Mainzer Untersuchungskommission niedergesetzt und 20 Jahre später, 1848 kamen die Früchte zu Tage, die Revo-

lution brach aus und warf den alten absolutistischen Staat über den Haufen.

Zwar ging die Revolution an der Unklarheit und Halbheit der deutschen Bourgeoisie und des deutschen Spießbürgerthums zu Grunde, aber nichtsoweniger kamen die ihr zu Grunde liegenden Prinzipien zur Geltung, und heute wirft sich jeder Liberale stolz in die Brust und zeigt selbstbewußt auf jene Errungenschaften hin, deren Saamen seine Väter säet und die er geerntet.

Die Kampp, Zschoppe, Schmalz und Consorten haben also das Gebäude selbst untergraben, das sie zu stützen wähnten.

Was die Kampp, Zschoppe und Schmalz für die Unterdrückung der bürgerlichen Ideen gethan, das thun heute die Bismard, Stieber, Tessenborf und Comp. für die sozialistischen. Die Frage ist nur: ob mit demselben Resultat, und wenn die Herren an ihrer Thätigkeit fortfahren, so wird die Geschichte wohl mit einem Ja antworten.

Der Unterschied zwischen damals und heute ist nur der, daß wir heute etwas rascher leben wie vor 50 Jahren; was damals 20 Jahre brauchte um zur Reife zu gelangen, kann heute in verhältnißmäßig kürzerer Zeit sich vollziehen. Das Volk ist seit jener Zeit politisch unendlich gebildeter und aufgeklärter geworden, die Wege und Mittel zur Aufklärung haben sich vervielfacht, und die Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen durchdringt alle Schichten, sie sitzt bis tief in der Staatsverwaltung, unter den Reihen der niederen Beamten und selbst in der Armee.

Niemand wird behaupten wollen, daß 1828 in Deutschland 340,000 über fünfzigjährige Jahre alte Männer waren, die genau wußten, was sie wollten, wie das 1874 bei den Reichstagswahlen der Fall war. Und hinter diesen 340,000 stehen mindestens doppelt so viel bewußter Männer, die entweder nicht wählen durften oder wegen abhängiger sozialer Stellung nicht zu wählen wagten. Millionen sind vorhanden, die voll Unzufriedenheit sind, aber nicht wissen was sie wollen. Ein veränderter Luftzug, eine Strömung, wie sie in bewegten Zeiten sich so oft gezeigt, und sie stehen auf der äußersten Linken. Tausendfach hör man von Männern, die jeder Parteibestrebung fernstehen, den Ausspruch: „wo soll das hinaus, so geht es nicht mehr fort“. Das ist keine Uebertreibung. Wer Ohren hat zu hören, der höre!

Unter solchen Umständen dürfen unsere „Kulturkämpfer“ sich ernstlich überlegen, ob sie ihr Gewalt- und Unterdrückungswerk fortsetzen, oder durch Gewährung von freier Bahn die friedliche Entwicklung sichern wollen. Dem Rad der Zeit sich in die Speichen werfen, kann nur ein Wahnsinniger; die Menschheit schreitet fort; die bürgerliche Welt ist nicht die Feste, dagegen sprechen tausendfältige Thatsachen, dagegen spricht die vorhandene Bewegung.

„Wer Ohren hat zu hören, der höre!“

## Politische Uebersicht.

— Zum Capitel von der Staatshülfe. Daß die Habgier und Schmutzigkeit der Herren Unternehmer bis ins Unendliche geht, und daß diesen Leidenschaften auf Kosten des Proletariats in der schändlichsten Manier geföhnt wird, bedarf keiner weiteren Auseinandersetzung. Wohl aber darf man sich darüber aufhalten, daß der Staat, der für den Proletarier nur Steuerlisten und Militärschulden, für den „Unternehmer“ aber Zinsgarantien und andere angenehme Dinge hat, sich dazu hergiebt, dem Bourgeois die Löhne herabzudrücken und den Arbeiter in immer tieferes Elend stürzen zu helfen. So gar einem Spießbürgerblatt, dem Breslauer „Gewerbeverein“, schwillt darüber der Kamm und es ruft aus: „Fast in allen Tagesblättern liest man die Bemerkung, daß zur jetzigen Ernte billige Arbeitskräfte vorhanden sind, beinahe im Ueberflus; trotzdem aber haben sich verschiedene Militärkommandos auf Wunsch einiger Großgrundbesitzer veranlaßt gesehen, eine Anzahl Mannschaften zu beurlauben, um den Lohn von 25 Gr. noch etwas herabzudrücken, was ein Soldat ohne Beschwerde auch thun kann, da er ja für nichts zu sorgen hat. Solche Handlungen sind himmelschreiend, wenn man bedenkt, daß das Militär doch von den aufgetragenen Steuern des gesammten Volkes, also auch des Arbeiterstandes erhalten wird und zum Dank dafür werden diese kommandirt, die Löhne, also den Lebensunterhalt und somit die Steuerkraft der Arbeiter zu verringern. Daß die Regierung auch bei eintretender Arbeitsnoth auf Ersuchen den Arbeitern Beschäftigung, also Brod geben wird, glauben wir sicherlich nicht.“

Ja, so steht's im modernen Staat der Milliarden und „glorreichen Errungenschaften“! Aber seid Ihr, die Ihr hier klagt, nicht zum großen Theil mitschuldig an dieser grauenhaften Unordnung, an diesem schmachvollen Elend? Habt Ihr bisher nicht Alles gutgesehen, was „von Oben“ kam, und nun wollt Ihr es nicht in der Ordnung finden, daß man weiter wirtschaftet, ohne Euch zu fragen? — Nun wollt Ihr zum „Himmel“ schreien. Hättet Ihr Muth und Takt genug, zu den Menschen zu schreiben, statt zum „Himmel“, hättet Ihr den Muth, der sozialen Frage gerade in's Angesicht zu schauen, und die richtigen Konsequenzen zu ziehen, — dann könnte es längst längst schon besser sein!

— Aus dem „Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte“. Welche Mißhandlungen der gemeine Soldat von seinen Vorgesetzten zu ertragen hat, das beweisen wiederum folgende Mittheilungen, die der „N. B. B.“ von Freiburg i. Br. zugehen:

„In der letzten Zeit kamen im Bereiche unserer 29. Division

mehrfache Fälle vor, welche keineswegs geeignet sind, bei der heranwachsenden Jugend Eifer und Sinn für das Militärwesen zu wecken. Der eine höchst bedauernde Fall ereignete sich beim 3. bairisch. Inf.-Reg. Nr. 112, wo Vorgesetzte einem Soldaten, welcher beim Parade-marsch die Waden nicht genug „durchdrücken“ konnte, joldes nach der Methode des bekannten „Doktor Eisenbart“ beibrachten, indem sie ihm ganz einfach das Bein — abdrückten! Der unglückliche blutjunge Soldat, welcher in Folge dieser Mißhandlung oberhalb des betr. Knies amputirt werden mußte, befindet sich z. Z. noch im hiesigen Militär-Lazareth. Die ganze Angelegenheit ist bereits in der Untersuchung begriffen und hat der General v. Werder den betr. Soldaten bei der neulichen Inspektion des Lazareths persönlich über die Einzelheiten des Vorfalles vernommen. Ein anderer belagenerwerthiger Fall kam beim hiesigen 5. bad. Inf.-Reg. Nr. 113 vor, scheint aber im Interesse des betreffenden Vorgesetzten (dessen Name übrigens genannt werden könnte) vertuscht werden zu sollen. Dieser Offizier verabschiedete einem Fälliger eine so „faulgerichte“ Dyrseige, daß derselbe in das Lazareth verbracht werden mußte und aller Wahrscheinlichkeit nach an dem betreffenden Ohre taub „bleiben“ wird. Wenn trotz der ausdrücklichen Befehle Seitens des Generalkommandos, sich jeder leidenschaftlichen Handlung zu enthalten, derartige Fälle vorkommen, wäre es da nicht billig und gerecht, wenn solche zum Befehlen ungeeignete Individuen zurechtgewiesen und bestraft würden? Abgesehen von dem Unglück für den Einzelnen, ist es auch ein großer Nachtheil für den Fiskus, wenn durch derartige Fälle jährliche Pensionen von so und so großem Betrage bewilligt werden müssen, welche, wenn nur zum Befehlen befähigte Männer als Vorgesetzte fungiren würden, leicht gespart werden könnten! Jedenfalls sind solcherlei Zustände für das Publikum, das davon hört, sehr wenig erbaulich und daher dessen Wunsch nach Bestrafung solcher Offiziere sehr leicht begreiflich!

Ja wohl! Zustände, wie die oben geschilderten, sind für das „Publikum“ allerdings wenig „erbaulich“, und die Bestrafung der Menschen schindenden Offiziere ist sogar ein Gebot der Gerechtigkeit. Aber wie sieht es mit der Bestrafung in der Regel aus? Im besten Falle giebt es einige Monate Festung. Und doch handelt es sich hier um ein Vergehen, das von Zivilgerichten mit Zuchthausstrafe geahndet werden würde. Der gemeine Soldat wird wegen der geringfügigsten disziplinarischen Vergehen mit langen Jahren Festungshaft bestraft, der Herr Offizier dagegen, wenn er in seinem Uebermuth einen Soldaten zu Tode gepeinigt, kommt mit einigen Monaten davon. Das ist die „Ordnung“ im „Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte“!

— „Völkerrecht“? Die „Germania“, das Hauptorgan der Ultramontanen, veröffentlicht die wörtliche Uebersetzung eines Urtheils des Appellhofes zu Nancy vom 7. März 1874, in Sachen Petit contra George. Dieses amtliche Urtheil lautet:

„In Erwägung, daß es zur Rechtfertigung des durch Verurtheilung angegriffenen Urtheils des ersten Richters hinreicht, mit einigen Worten die unbestreitbaren Thatsachen, auf welchen es beruht, sowie die einfachsten Grundsätze der Moral und des Rechtes sich in's Gedächtniß zurückzurufen;

In Erwägung, daß, nachdem am 28. October 1870 ein Unteroffizier der preussischen Armee unweit des Dorfes Bauz-Billaire in den Ardennen bei einem Zusammenstoß zwischen Francitireurs und einer Colonne vom 64. Landwehrregiment gefallen war, die Führung jener Abtheilung wegen jenes Ereignisses, das zu den seitlich sich wiederholenden unvermeidlichen Fällen gehört, die das schreckliche Schicksal des Krieges mit sich führt, mit wegen eines Verbrechens sich zu rächen beschloffen;

daß dieselben zu diesem Zwecke Besitz von dem Dorfe ergriffen und alle Männer, deren sie habhaft werden konnten, in der Kirche einsperrten;

daß am andern Morgen, nach einer Nacht voller Drohungen und Angst, ein höherer Offizier diesen als Geiseln behandelten Männern mittheilte, daß drei von ihnen erschossen werden und daß sie innerhalb 20 Minuten diese auswählen müßten;

daß auf eine so unerwartete Ueberraschung die Gefangenen, um den Frieden ihres Gewissens zu retten und einer furchtbaren Verantwortung zu entgehen, nur die Wahl hatten, zu antworten, daß sie keine Wahl treffen würden und so dem Feinde die Mühe zu überlassen, seine Opfer auszuwählen oder aber dem blinden Zufall des Looses sich anzuvertrauen, wenn sie sich Leuten gegenüber, von denen Alles zu erwarten stand, das Verdienst des Gehorsams sichern wollten;

daß jedoch die Mehrzahl der Unglücklichen sich in die Sacrificien schleppten ließ, wo einer von ihnen, Eugen Petit, ohne Jemanden zu befragen und unter tiefem Schweigen der Uebrigen Johann Baptist Depreure, den gewissen Hirten der Gemeinde, einen Kreis von 70 Jahren, Louis George, den augenblicklichen Gemeindevorstand und Chemann der Klägerin und Appellatin, und endlich Karl George, 24 Jahre alt bezeichnete;

daß gegen diese willkürliche, durch den gemeinsten Egoismus eingeleitete Bezeichnung Niemand protestirte, daß man vielmehr beinahe Alle ihre Hände als Zeichen der Zustimmung erheben sah; daß hierauf Alle in die Kirche zurückzogen; daß, als hierauf der preussische Offizier fragte, welchen Entschluß sie getroffen, er von Petit die lägerische Antwort erhielt: Nach Ihrem Befehl mein Commandant, haben wir durch Majorität beschlossen;

daß nach diesen kurzen Worten Johann Baptist Depreure, Louis George und Karl George, nach einander durch Petit vorgelesen, aus ihren Bänken heraustraten, um sich an die Stufen des Altars hinzuwenden, um von ihrem würdigen und muthigen Seelenhirten die Tröstungen der Religion zu empfangen;

daß einige Minuten später in der Nähe des anstossenden Kirchhofes alle drei unter den preussischen Kugeln gefallen sind und das Opfer vollendet war.

Aus diesen thatsächlichen Verhältnissen folgert der Appellhof von Nancy sodann die Schadenersatzpflicht von Petit und Denjenigen, die dessen Erklärung durch Aufhebung der Hände bestätigt hatten.

Die „Germania“ wünscht, daß dies Urtheil erkundet sein möge. Wir wünschen es auch; in andern Fällen — bis jetzt ist kein Dementi versucht worden — sehen wir in dieser preussischen Fälligkeit aber nichts weiter als eine der bekannten „sittlichen Grundlagen“, deren eine ja durch das Bombardement geliefert wird. Bevor dies Urtheil als Fälligkeit erwiesen ist, mögen die Verehrer des „heiligen Krieges“ und des deutschen Reichs es nur nicht wagen, noch einmal von „Greenen“ der Pariser Commune zu fabeln. Wir werden ihnen sonst den Standpunkt auf ihren eignen „sittlichen Grundlagen“ klar machen!

— Wie die türkischen Sultane ihren Harem nur Eunuchen anvertrauen mögen, so fürchten sich unsere „gebildeten“ Fabrikbesitzer vor jedem Funken von Selbstständigkeit, der in den Arbeitern glimmt. Die „Magdeburgerische Zeitung“ charakterisirt diese

Furcht, die bei allen Sklavensystemen, gepaart mit Rohheit, anzutreffen ist, wider Willen sehr treffend. Sie schreibt:

„Der Vorstand des Vereins der Eisenbahnen und Maschinenfabriken im Oberbergamtsbezirk Dortmund hat in einem Circular darauf hingewiesen, wie unzureichend die Qualifikation der in den gedachten Werken in Thätigkeit befindlichen Meister und Arbeiter sei und wie einer stetig fortschreitenden und kräftigen Entwidlung der Wärsällich-Niederheinischen Eisenindustrie der Mangel an technisch und theoretisch ausgebildeten Meistern hemmend entgegenstehe. Gegenwärtig muß das in Rede stehende Personal fast ausnahmslos aus dem Arbeiterstande rekrutirt werden. Dem Arbeiter fehlt es aber durchgängig an Masse und noch viel mehr an Gelegenheit, die für den Beruf eines Meisters erforderlichen wissenschaftlichen Kenntnisse zu erwerben, und selbst ein hohes Maß von Anstelligkeit, Geschicklichkeit, Eifer und Ehrsüchtigkeit gleicht den Mangel an Vorbildung nicht aus. Dazu kommt, daß der seine Kameraden intellektuell nur wenig überragende und meistens im reiferen Lebensalter zum Meister avancirte Arbeiter in Folge des intimen Verkehrs mit seinen bisherigen Genossen von vornherein nicht recht dazu angethan ist, sich denselben gegenüber als Beamter zu fühlen und seine Autorität in angemessener und nachdrücklicher Weise geltend zu machen, ja daß er sogar in vielen Fällen geneigt sein wird, die berechtigten Interessen seines Arbeitgebers den unbegründeten Ansprüchen der Arbeiter gegenüber nicht mit der erforderlichen Energie zu vertreten. Außerdem gelangen zu den Stellen der Meister nicht immer gerade die Befähigsten, sondern die Anciennetät und die Gabe, sich bei den Vorgesetzten zu insinuiren, spielen nicht selten eine maßgebende Rolle. So kommt es, daß die Mehrzahl der Meister weder das wünschenswerthe Ansehen bei den Arbeitern, noch das unbeschränkte Vertrauen der Arbeitgeber besitzt und deshalb nicht in der Lage ist, ihren Berufspflichten nach allen Richtungen hin gerecht zu werden. Eine Abhilfe kann nur durch eine bessere sachliche Vorbildung für den Beruf eines Meisters erzielt werden. Es erscheint deshalb dringend geboten, die Organe der Hüttenindustrie in der gleichen Weise durch Fachschulen zu heben, wie dies durch die Bergschulen bereits für den Bergbau geschieht. Weder die Volksschule, noch die Gewerbeschule, noch endlich die Fortbildungsschule vermag dies. Der Vereinsvorstand hat deshalb, gestützt auf ein sachverständiges Gutachten des Bergschuldirektors Dr. Schulz zu Bochum, der am 10. v. M. zusammengetretenen Generalversammlung vorgeschlagen, Folgendes zu beschließen: „Die Versammlung beschließt und die Anwesenden verpflichten sich zur Begründung einer Hüttenhule zur Ausbildung von Meistern und Unterbeamten und zur Unterhaltung derselben auf die Dauer von mindestens zehn Jahren, sowie unter der Bedingung, daß die Vertreter (d. h. die Herren) von mindestens 20,000 Arbeitern sich zu gleichem Zwecke zusammensuchen, einen jährlichen Beitrag von fünf Silbergrößen pro Kopf ihrer Arbeiterzahl beizutragen.“ Dieser Antrag wurde einstimmig genehmigt. Die projektirte Anstalt, welche sich an die Bergschule in Bochum anlehnen soll, erfordert zu ihrer Unterhaltung jährlich die Summe von 10,000 Mark, von der der fünfte Theil bereits auf 10 Jahre gesichert ist. Es steht kaum zu bezweifeln, daß der ganze Betrag bald gezeichnet sein wird. So bald dies geschehen, werden wegen Eröffnung und Einrichtung der Anstalt die nöthigen speziellen Maßnahmen getroffen werden.“

Schulze-Dehtsch und seine Nachbeter werden natürlich nicht fehlen, zu rühmen, wie sehr sich unsere Herren Fabrikanten um die „Bildung“ der Arbeiter bemühen. Wenn das Kunststück nur nicht schon so alt wäre! Die Pfaffen haben ihre Seminare, wo junge Pfaffen herangebildet werden; die Fürsten haben ihre Militärschulen, wo schon Kinder in der Uniform umherlaufen; die Fabrikanten gründen „Hüttenhulen“ für künftige Meister. Die „drei Zauberformeln“, die Johann Jacoby so klar beleuchtet hat — Thron, Altar und Geldsack — wer wollte sie verkennen?

— Ein „deutscher Mann“. In der von Paul Lindau redigirten „Gegenwart“ pflegen abgestandene Poeten und dergleichen Eigenthümlichkeiten des „Denkervolks“ sich breit zu machen. Neuerdings veröffentlicht dort der bekannte Dramatiker S. von Mosenthal Skizzen aus seinem Leben, wo es unter Anderem heißt:

„So nahe der Sturmfrühling von 1848. Ich hatte meine Rolle mitgespielt (?), mein Gewehr getragen, meine Wache bezogen, im Sicherheitsausschuß meine Compagnie vertreten, begeistert mitgetrunken aus dem schäumenden Becher, bis die schmutzige Hefe emporstieg. Als am 26. Mai die eine Compagnie der Bürgerwehr auf die andere zu feuern begann, legte ich meine Waffe nieder und folgte der Familie meiner Böglinge in ein nahegelegenes Landhaus. Die Siegerlust über altbergrachte Borntheile, die Joden der Freiheit und Gleichberechtigung der Menschheit hatten alle (?) Herzen erfüllt und Schwirren wie herauschende Frühlingsdüfte durch den Aether.“

Man verstehe: die Bürgerwehr, die nicht wußte, was sie mit revolutionären Wiener Erdarbeitern anfangen sollte, die 50,000 Mann stark die Träger der Revolution waren, und die auch das Spießbürgerthum der Bürgerwehr als „Feinde des Eigenthums“ fürchtete, gerieth deshalb unter sich in Streit. Der dümmelste Poet, dem das Proletariat als „schmutzige Hefe“ erschien, legte deshalb die Waffe an demselben Tage nieder, an welchem das österreichische Militär zum Abzug aus Wien gezwungen wurde. Freilich, gleich darauf weiß er von einem seiner Theaterstücke zu erzählen:

„Dasselbe Drama ließ der kunstfreundliche König Friedrich Wilhelm IV. im Beisein Humboldts und Raupachs sich von seinem geistreichen Vektor Louis Schneider vorlesen und zeichnete mich durch eigenhändiges, huldvolles Schreiben aus.“

So sind sie, diese „deutschen Männer“, von deren Ruhm alle Blätter zu erzählen wissen. Mit einem Wacklappen an der Stelle, wo ein Männerherz schlagen sollte, spreizen sie sich dümmelhaft nach unten, sind feig in kritischen Momenten, und kriechen auf dem Bauche einher vor der ersten „huldvollen“ Gnadenbezeugung irgend eines Monarchen.

Solche Leute sprachen 1848 von „Freiheit und Gleichberechtigung der Menschheit!“ Und da wundere sich noch Einer, daß die deutsche „Revolution“ vor fünfundsiebenzig Jahren, um mit Freitigath zu reden, „so wunderbar verfahren und verritten wurde!“

— Weil die Sozialisten Gegner der heutigen Form der Ehe sind, die, wenn's gut geht, ein von dem Streben nach Besitz diktirter Kontrakt ist, in den meisten Fällen durch die kapitalistische Produktionsweise illusorisch gemacht wird und auf der Rehrseite ihrer Medaille die verschämte und die öffentliche Prostitution aufweist, verdächtigt man Jene, daß sie nach „Weibergemeinschaft“ streben und behauptet, daß mit der Beseitigung der heutigen Form der Ehe die beiden Geschlechter wie Thiere auseinander- und zusammenlaufen würden. Wir wollen hier nicht erst nach-

weisen, was schon oft geschehen, daß ein geordnetes Familienleben überhaupt nur in einer sozialistisch organisirten Gesellschaft möglich ist — wir wollen nur zeigen, wie weit das „Auseinanderlaufen“ heute schon gediehen ist. In einer kurzen Statistik lesen wir: In Berlin gab's im vorigen Jahre 1209 streitende Ehepaare bei welchen die geistlichen Eheverlöbte Platz griffen. In der älteren preussischen Provinzen wurden im Jahre 1873 in Ganzen 7325 Eheverlöbte abgehalten, 54 mehr als im Vorjahre. Von diesen sind 2329 von Erfolg gewesen, in 3347 Fällen ist die Verlobung nicht gelungen und in 1119 Fällen schwebt die Verhandlung noch. — Unser sittlicher Bourgeois wird angeführt dieser hartnäckigen Ziffern wohl oder übel zugestehen müssen, daß selbst da, wo Weibergemeinschaft herrscht, man es in „Auseinanderlaufen“ schwerlich weiter bringen dürfte. Die Roma und Türken mit ihrer Vielweiberei — ob sie auch so viel zu „sühnen“ haben? Es bleibt nichts weiter übrig — die Sozialdemokratie wird einstens auch auf diesem Gebiete die patentirten Tugendpächter und „Anstandsamen“ mores lehren müssen!

— Ein Kulturbild. Wir hatten schon in voriger Nummer auf die unerhörte Thatsache hingewiesen, daß in dem Orte Kreis Reidenburg (Westpreußen) eine ganze Generation ohne jeglichen Schulunterricht aufgewachsen sei, daß seit dieser Zeit weder ein Schulhaus noch ein Lehrer existirt hat, und daß der Schulpatron des Ortes ein fortschrittlicher Reichstagsabgeordneter ist. Ueber dieses den „Intelligenz“-Staat charakterisirende Factum stellt ein Parteigenosse folgende Betrachtungen an:

„Man, ungläublich sind diese Zustände nicht; nur Leute, die nicht begreifen können, daß das preussische Staatssystem die Unterdrückung aller Cultur und alles menschlichen Fortschritts, sowohl beides den Massen zu Gute kommen soll, zum Ziel und Zweck hat, können sich darüber verwundern. Preußen steht mit Mecklenburg auf einer Stufe, und vielleicht noch etwas hinter Rußland zurück. Und daß ein Fortschrittmann und Reichstagsabgeordneter solche Zustände begünstigt, ist ganz in der Ordnung für Jene, der weiß, daß der Liberalismus ein Feind der Aufklärung der Massen ist. Als kürzlich in der Königsberger Gegend die Bauernunruhen ausbrachen, wurde mehrseitig darauf hingewiesen, daß diese nur dem gewaltthätigen Vorgehen der fortschrittlichen Großgrundbesitzer zuzuschreiben seien, welche die ihnen durch die neue Kreisordnung in die Hände gegebene Polizeimacht in der schönbesten Weise gegen die Landbevölkerung mißbrauchten und dieser die aller Feudalzustände wieder ins Gedächtniß riefen. Wer weiß, wie unsere „liberalen“ Fabrikanten ihre Arbeiter schinden und drücken, und was sie sich gegen diese erlauben, wird in dem Despotismus der „liberalen“ Grundbesitzer auf dem Lande nicht Ueberraschendes finden. Der Sozialdemokratie muß es sogar recht sein, daß, nachdem die Feudalpartei auf dem Lande sich unmöglich gemacht, jetzt auch der Liberalismus diesen Selbstmord unternimmt. Die Sozialdemokratie kann dabei nur gewinnen.“

Um aber wieder auf jene Zustände im Kreis Reidenburg zurückzukommen, sei bemerkt, daß der Fortschrittmann und Reichstagsabgeordnete, dessen Namen die liberalen Blätter so dicke verschweigen, der Landwirth und Gutsbesitzer Carl Donath auf Rukwig bei Soldau, Kreis Reidenburg, ist. Der Mann verdient, daß sein Name zur Charakterisirung der ganzen Partei, der er angehört, an den Schandpfahl genagelt wird und dieser Pflicht kommen wir hiermit nach. Herr Donath war auch Mitglied des früheren Provinziallandtags und ist seit Einführung der neuen Kreisordnung Kreisdeputirter. Sein Einfluß ist also mächtig genug, um Zuständen abzuhelfen, die zum Himmel schreien, aber sein bürgerliches Interesse ist dagegen.“

— Unsern Lesern ist in frischem Angedenken, welche Behandlung unser Parteigenosse Bierfas im Gefängniß zu Mainz erduldet. Mit ähnlicher Brutalität begegnet man jetzt dem Parteigenossen Wörlein, der in Amberg Bettlächer nähen muß. „Es ist eine Schmach und Schande für unser Jahrhundert,“ bemerkt mit Recht unser Kampfgenosse, das „Sozialdemokratische Wochenblatt“, „einen politischen Verurtheilten, der in Folge seines Bildungsgrades auf eine ganz andere Behandlung Anspruch hätte, zu solcher Arbeit zu verwenden. Man verurtheilt die Leute zu Gefängniß und steckt sie dann ins Arbeitshaus. Denn etwas Anderes ist eine solche Gefängnisanstalt nicht.“

— Staatsretterisches. Wie der „Frankfurter Bzg.“ aus Nürnberg berichtet wird, hat das dortige Bezirksamt innerhalb weniger Tage vier sozialdemokratische Mitgliedschaften aufgelöst. Ein Auszug, den die „Frankf. Bzg.“ aus einem die Auflösung der Parteimitgliedschaft Schweinau motivirenden Aktenstück bringt, ist so kostbaren Inhalts, daß ihm auch hier ein Plätzchen vergönnt sein mag:

„Die sozialdemokratische Arbeiterpartei sowohl als die Mitgliedschaft zu Schweinau ist endlich auch eine Vereinigung, welche die sittlichen, religiösen und insbesondere die gesellschaftlichen Grundlagen des Staats zu untergraben droht. Die Aufhebung aller Vorrechte des Standes, des Privateigenthums an Grund und Boden (Antrag Grillenbergers auf dem Coburger Congreß), der Geburt und Confession gehört zum Programme und ist jedes Mitglied verbunden, für dessen Verwirklichung mit ganzer Kraft einzutreten. Die Organe der Partei, „Der Volksstaat“, „Das sozialdemokratische Wochenblatt“ schüren immerfort den Kampf gegen die besitzenden Klassen, gegen die sog. Bourgeoisie (Eigenthum ist Diebstahl, reizen) wenn auch häufig in verklärter Weise zum Ungehorsam gegen obrigkeitliche Anordnungen und greifen religiöse Einrichtungen in einer Weise an, die auf die Moralität der Bevölkerung den verderblichsten Einfluß übt. Die Aufhebung und radikale Umgestaltung der jetzigen gesellschaftlichen Grundlagen des Staates, die von den Sozialdemokraten als durchaus saul in Wort und Schrift geschildert werden, ist das Ziel der oft erwähnten Partei und birgt daher deren theoretische Grundlage, wie praktische Organisation, unmittelbare Gefahren für die bestehenden Staaten und Staatsgewalten.“

Es ist uns nicht neu, daß die Vorrechte des Standes, der Geburt und Confession die „gesellschaftlichen Grundlagen“ des heutigen Staates bilden, aber daß diese „gesellschaftlichen Grundlagen“ „sittlich“ sein sollen, das will uns nicht in den Sinn. Doch gleichviel, das Bezirksamt zu Nürnberg, von dem das famos Aktenstück herrührt, wird mit seinen Auslosungen an der Thatsache nichts ändern, daß die Sozialdemokratie unbesiegbar ist. Und unbesiegbar ist die Sozialdemokratie, weil sie die Interessen des arbeitenden Volks vertritt, die allerdings die Beseitigung der Sonderrechte jeglicher Art erheischen, und die trotzdem und allem zur Geltung gelangen werden.

# Gewerkschaftliches

**Gewerkschaft der Manufaktur, Fabrik- und Handarbeiter beiderlei Geschlechts.** (S. Weimar.)

**Crimmitschau, 29. August.** Abrechnung. Einnahme: Crimmitschau Thlr. 7. 2., Niddagshausen 1. 5. 6., Meerabe 11. 15., Rudolstadt — 15. 4., Breslau 4. 26., Pieske 3. 18. 8., Braunschweig 9. 11., Apolda 1. 16., Dresden 5., Berlin 4. 16., Großschönau 5. 9., Ramenz — 22., Oelsnitz 2., Schönau 3. 29., Augsburg 6. 17., Wolfenbüttel 1. 27., Nowawitz 3. 3., Münchenbernsdorf 1. 15., Gotha 1. 9. Summa Thlr. 75. 18. 8. — Ausgabe: Reisekosten nach Chemnitz und Magdeburg Thlr. 22., für das Polakomité zu Chemnitz 9. 10. 8., Rechnung für den „Volkstaat“ 3. 12., an Sch. in Rudolstadt 5., Porto, Schreib- und Verpackungsmaterial f. d. Verwaltung 2. 13. 7., für ein Quartal des „Volkstaat“ — 18. 5. Summa Thlr. 42. 25. — Obige Rechnung ist vom Aufsichtsrath geprüft und für richtig befunden; Reclamationen in Bezug auf dieselbe sind zu richten an Ferdinand Böttcher, Peterstraße 557 B. B. Ohne Geld haben abgerechnet: Schweinart und Deuben. Nachfolgende Orte haben noch gar keinen Bericht an die neue Verwaltung gelangen lassen: Gera, Magdeburg, Stollberg, Proitzsch, Leiserte; dieselben werden nunmehr aufgefordert, Bericht an Unterzeichneten zu senden. R. Klein in Landsbut, welcher von Unterzeichnetem Material zur Organisation dortiger Fachgenossen Ende Mai erhalten hat, wird ebenfalls ersucht, Mitteilung zu machen, wie es mit der Mitgliedschaft steht. In Plauen haben sich 9 Genossen angeschlossen, Vertrauensmann ist Heinrich Scheel, Hofstr. 97 E., Beitragsammler Franz Louis Heintz, Rimmelberg E. 77, daselbst. Wandergeld wird gezahlt bei Friedrich Fischer, Controlleur, Forststr. 53 M., Abth. C. In Gotha ist Kassirer Th. Brehm, Hasengasse 5. In Deuben ist Kassirer W. Hunger, In Berlin ist Vertrauensmann Alt, Barnimstr. 9, 4 Tr., Kassirer Schramm, Andreasstr. 41, 3 Tr., bei Simrod, Controlleur H. Döring, grüner Weg 34, Hof rechts 3 Tr. Die Jahresrechnung von der Generalversammlung zu Weimar bis zur Generalversammlung zu Chemnitz wird nunmehr in Druck gegeben und jedem Vertrauensmann, sobald dieselbe fertig ist, zugesandt werden. Der Anchluss an die Union ist von der Verwaltung sowie vom Aufsichtsrath einstimmig abgelehnt worden. Die Gründe werden im „Volkstaat“ später bekannt gegeben werden.

Für die Borortverwaltung:  
R. Poser, Peterstraße 557 B.

**Crimmitschau, 31. Aug.** (Krankenkasse.) Durch verschiedene Vorkommnisse innerhalb der Krankenkasse steht sich die Borortverwaltung genöthigt, den Mitgliedschaften zur Urabstimmung Folgendes vorzulegen: „Es kann keine Mitgliedschaft anstreben, sondern sie kann sich nur auflösen, in welchem Falle alle vorhandenen Gelder und Utenilien an die Borortverwaltung, d. h. an die Gesamtheit zurückgegeben werden müssen.“

Der Grund zu diesem Vorschlag ist der Austritt der Mitgliedschaft Chemnitz wegen Nichtannahme der Chemnitzer Anträge seitens der zu Pfingsten abgehaltenen Generalversammlung. (S. Protokoll.) Ferner der durch verschiedene Umtriebe und Beeinflussungen sowie durch die Kurzichtigkeit der Mitglieder herbeigeführte und mit einer zweifelhaften Abrechnung gekrönte Austritt der Raubdorfer Genossen.

Demnach werden die Vertrauensleute aufgefordert, ungefäumt die Urabstimmung unter ihren Mitgliedern vorzunehmen und so dann das Protokoll abschriftlich mit Angabe der Stimmen für und Wider bis längstens den 10. Sept. an uns gelangen zu lassen. Im Auftrage der Borortverwaltung:

A. Thierfelder, Vorf. des Aufsichtsraths,  
Turnhallenstr. 312 C.

## Verein der Sattler und Berufsgeossen.

**Berlin, 1. Sept.** Abrechnung der Centralasse pro August. Einnahmen: Von der Mitgliedschaft Berlin 6 Thlr. 21., Mainz 1. 13. 6., Zwickau 2. 19. 5., Dresden 9. 17. 5. Summa 20. 11. 4. — Ausgaben: Geldsendung nach Barmen 5 Thlr., nach Hamburg für Druckfachen 1 Thlr. 20., für Abonnement des „Volkstaat“ (2 Monate) 15 Gr., Schreibutensilien 18 Gr., Porto 1. 28., Reiseunterstützung an 7 Fremde 4 Thlr. 5., Kasstreckgehalt pro August 5 Thlr. Summa 18 Thlr. 26.

Bilanz. Einnahme 20. 11. 4.  
Ausgabe 18. 26. —

Bleibt 1. 15. 4.

Hierzu Bestand vom Juli 27. 16. 11.

Ist Bestand 29. 2. 3.

W. Birthe, Kassirer, Alexandrinenstr. 116.

## Correspondenzen.

**Leipzig, Am 24. August** hatten wir wiederum eine allgemeine Gewerkschaftsversammlung einberufen mit der Tagesordnung: „Das Contractbruchgesetz und die Einführung der Arbeitsbücher.“ Referent war Wotteler. Da dieses Thema schon so oft behandelt und im „Volkstaat“ zahlreiche Referate und Resolutionen hierauf zu finden sind, so ist es wohl überflüssig, über den Vortrag Wotteler's ausführlich zu berichten. Erwähnt sei nur, daß die ca. 500 Mann starke Versammlung dem Redner wiederholt stürmischen Beifall zollte. Nach Schluß der allgemeinen Debatte, in der sich noch mehrere Redner im Sinne Wotteler's aussprachen, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: In Erwägung: 1) daß bei Schaffung des sogenannten Contractbruchgesetzes ausschließlich gegnerische Elemente den Ausschlag geben; 2) daß bei etwaigen Streitfällen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern durchweg die Ersteren den Ausschlag geben, protestirt die Versammlung im Voraus gegen die Einführung des sogenannten Contractbruchgesetzes und erklärt, daß auf Beseitigung der heutigen Produktionsweise hingearbeitet werden muß, da in dieser die Ursachen zu den heutigen sozial-politischen Uebelständen zu suchen ist.

**Dresden.** Die Maurer-, Zimmer- und Steinmetzgewerkschaft hat folgenden Protest an das „königlich sächsische Gesamtministerium“ gerichtet:

„Wenn in nachstehendem Proteste die Unterzeichner sich an das sächsische Gesamtministerium wenden, so geschieht dies nicht, um damit das darin zuweilen getroffene Departement des Krieges zu umgehen, sondern einzig und allein, weil der hier behandelte Gegenstand so wichtiger und weitreichender Natur ist, daß davon Heils direkt, theils indirekt die Ressorts des Kultus, der Finanzen, der Justiz und Polizei in Mitleidenschaft gezogen sind; und soll ausdrücklich betont werden, daß das sächsische Kriegsministerium im äußersten Falle nur eine Unterlassungsfünde begangen haben kann, die gegenwärtig allenthalben auf dem üblichen Submissionswege für Staatsbauten stereotyp gefunden wird, und mithin weniger aus der Willkür einer Verwaltungsbehörde, als aus einem Mangel an den dahineinschlagenden Landesgesetzen resultirt. Die Unter-

zeichner sehen auch davon ab, in der hier vorliegenden Angelegenheit sich an die sogenannte Reichsregierung zu wenden, weil sie sich sagen müssen, daß die Partikularregierung eine Schädigung, welche ihre Staatsangehörigen betrifft, auf dem Wege der Gesetzgebung zu beseitigen hat. Und ist zwar hier nur die Reichsregierung zulässig, so meinen wir, daß die sächsische Regierung im Bundesrathe dahin lautende Anträge stellen soll. — Wir müssen dagegen protestiren, daß man italienische Arbeiter als eine Art Kulis benutzen will, um uns unsere Existenz zur Unmöglichkeit zu machen. Es ist klar, daß die Italiener in Folge ihrer Bedürfnislosigkeit weit billiger als wir arbeiten, uns arbeitslos machen. Wir müssen schon in Folge der klimatischen Verhältnisse, in denen wir aufzuwachen, mehr Bedürfnisse haben; und weiter wird wohl die Regierung einsehen, daß jene Bedürfnislosigkeit den Ruin aller Geschäfte bedeutet. Jene Arbeitslosigkeit muß also unsere Existenz vernichten, zwingt uns auszuwandern oder wenn dies nicht geht, zu — verhungern. Wir verlangen also als Schutz ein Gesetz, welches in gewisser Weise die Einfuhr von Italienern, der neuen Art Kulis, beschränkt. Zum Schutze eines Industriezweiges werden ja sehr oft Schutzzölle aufgestellt, warum soll nicht zum Schutze eines Erbzweiges sich auch irgend ein Gesetz finden in einer Zeit, wo die Gesetzgebungskraft des deutschen Reiches gerade soviel Produkte schafft. Wir verlangen hierauf das Heranziehen auch der italienischen Arbeiter zu den Krankenkassen, denn nicht genug daß wir arbeitslos werden, sollen wir alsdann auch noch die vermehrten Gemeindefürsorge mit tragen. Wir verlangen weiter, daß bei Staatsbauten hauptsächlich Staatsangehörige berücksichtigt werden. Die Staatsangehörigen müssen die Geldlasten tragen und in gewisser Form würde das eine Entschädigung sein, wenn das durch Steuern vorausgabte Geld, wenn auch in kleineren Dosen und nachdem die Unternehmer den Hauptprofit eingestrichen haben, in Geldlohn wieder zurückstättet wird. — Wir verlangen zum Schutze eine Maßregel, welche alle übrigen Palliative unnöthig macht, nämlich die obligatorische Einführung eines Normalarbeitstages. Abgesehen davon, daß ein solcher schon zur Erhaltung der Arbeitskraft nöthig ist, damit wir nicht so früh der sogenannten Armenunterstützung anheimfallen. Wir bitten die Herren Minister nur die Wähler conservativer katholischer-sozialistischer Professoren nachzuschlagen, es dürfte ein solcher die Privatbauunternehmer alsbald veranlassen, zu uns zuzugreifen, da bei gleicher Arbeitszeit die Leistungsfähigkeit der Italiener eine durchaus geringere ist, als die unserer, weil ja schon die Sprachverschiedenheit die geringere Leistungsfähigkeit der Italiener bewirkt muß. — Wir machen nochmals darauf aufmerksam, was schon vorher andeutungsweise betont, daß die Italiener unseren klimatischen Verhältnissen nicht angemessen leben, denn sonst müßte ja ihre Bedürfnislosigkeit aufhören, also Krankheiten, wie Cholera, Typhus u. A. m. werden dort ihren Heerd finden und vernichtend unsere heimischen Distrikte durchziehen. — Die hohen Regierungen behaupten immer, daß ihnen das Wohl der Arbeiter am Herzen liege; sie meinen, die Arbeiter sollten nicht aus dem nationalen Rahmen heraus-treten. Wir fordern also innerhalb des nationalen Rahmens, daß eine Schädigung, die gerade uns, die sächsischen Arbeiter, betrifft, beseitigt werde. Die hohe Regierung hat also die beste Gelegenheit, durch Erfüllung unserer Forderung sich den Ruf einer arbeiterfreundlichen zu erwerben.“ (Dresdner Volksbote.)

**Berlin, 30. August.** In Bezug auf die Lohnverhältnisse der Heizer und Maschinenisten auf Dampfschiffen bin ich in der Lage, einige Auskunft geben zu können. In der Haupt- und Residenzstadt des neuen deutschen Reiches existirt seit 10 Jahren eine Dampfschiffahrtsverbindung nach den beliebtesten Bergnützungs-punkten der Berliner. Auf diesen Dampfern erhält ein Heizer (wie mir selbige selbst erzählten) monatlich 17 Thaler, sage siebzehn Thaler, für einen Dienst, welcher in den Sommermonaten von 6 Uhr früh bis nach Mitternacht dauert und welcher in dem Maße anstrengend ist, daß ihn nur junge und kräftige Leute aus-halten können. Die Heizer befinden sich meist in einem Alter von 18—21 Jahren, weil verheirathete Männer bei diesem geringen Verdienste nicht bestehen können. Auf diese Art und Weise ruht das Leben von Hunderten in der Hand ganz junger Leute. Allein nicht genug mit dem geringen Lohn, wird dem Heizer auch noch von diesem Gelde monatlich 1 Thlr. für Beitrag zur Kranken- und Invalidenkasse abgezogen. Verläßt nun selbiger, wenn er nur eine einigermaßen annehmbare Stelle anderwärts findet, den Dienst der Gesellschaft, so geht er sämmtlicher gezahlten Beiträge verlustig, welche dann die beiden Inhaber der Gesellschaft ruhig einstecken oder, wie es ein bei den Industriellen beliebtes Mittel ist, die beiden Herren lassen die Gelder bei der von ihnen selbst verwalteten Kasse. Rauchen und dergleichen mehr ist den Heizern nicht gestattet, die Lust dazu wird ihnen wohl auch bei der im Feuerraum herrschenden Hitze vergehen, und die Passagiere werden kaum wissen, wie es einem Heizer Sonntags bei dem Anblick der vergnügten Menschen zu Muth sein muß. Derjenige, welcher vorn an der Glöcke steht und auf Alles aufpassen muß, was sich auf dem Wasser vor dem Dampfer erignet, erhält monatlich 16 Thlr. Auch ihm wird das Kranken- und Invalidengeld abgezogen. Selbstverständlich sind die beiden Inhaber der „Berliner Dampfschiffahrtsgesellschaft“ bei einer derartigen Ausbeutung ihrer Arbeiter notorisch reiche Leute geworden, und haben noch, um Allem Hohn zu sprechen, seitens der betr. Behörde das Monopol der Ausbeutung, resp. die alleinige Concession, welche jedoch in nächster Zeit erlöschen wird. Eine Besserung wird durch die dann erlaubte „freie Concurrenz“ keinesfalls eintreten. Zum Schluß noch die Bemerkung, daß die beiden staatlich concessionsritten Ausbeuter vor 3 Jahren die Fahrpreise auf ihren Dampfern um 20—30 pCt. erhöhten, was aber gar keinen Einfluß auf die Löhne ihrer Arbeiter hatte.

**Hannover.** Unter den verschiedenen Orten, wo von Seiten der Polizei Mitgliedschaften der sozialdemokratischen Arbeiterpartei aufgelöst sind, befindet sich nun auch Hannover. Ueber die Auflösung selbst will ich das Wissenswerthe berichten. Am 28. Juli zeigte ich die regelmäßige öffentliche Versammlung an, am 29. Juli wurde ich auf das Präsidialbureau der hiesigen Polizei beschieden; dort angelangt, fragte mich der Secretär, ob „mein“ Verein der Bebel-Liebnecht'schen Richtung angehört? Ich antwortete, daß ich keine Bebel-Liebnecht'sche Richtung kenne, ich wüßte wohl, daß Bebel und Liebnecht der Partei angehören, der ich angehöre, sonst wüßte ich aber nichts. Als ich sodann die Frage beantwortet, wo unsere Partei domiciliirt sei, erklärte der Secretär den Verein für aufgelöst. Hatte ich einigen weiteren Fragen, welche von weniger Interesse sind, hatte ich die Ehre, mit dem Herrn Chef der Polizei (Herr von Brandt ist sein Name) zu sprechen, der mich sodann bedeutete, ich möchte mich nur zufrieden geben, er sei noch sehr gelind, er könne den Verein offiziell auflösen und die Sache dem Gericht übergeben (ist und gleichgültig). Und sollte der Verein nur vorläufig geschlossen werden, bis der Prozeß gegen Hasenklover und Genossen gerichtlich entschieden wäre. (Was wir wohl mit dem Hasenklover'schen Prozeß zu thun haben?)

Der Verein ist in Berlin geschlossen, folglich wird er auch in Hannover geschlossen. Sodann wurde mir protokolllarisch eröffnet, daß die sozialdemokratische Arbeiterpartei so lange aufgelöst sei, bis der Prozeß in Berlin beendet sei; die öffentliche Versammlung für den 29. Juli sei unzulässig, da sich die Vereinsfäden nicht von öffentlichen Angelegenheiten trennen ließen. (Sehr neu und lehrreich für uns.)

Und damit hatte das Verhör sein Ende erreicht. Wie wir uns gegen die Auflösung verhalten werden, darüber ein andermal Einiges. Allen denjenigen aber, welche der Partei angehört haben, rufe ich zu, sich nicht juristischrecken zu lassen, sondern der Idee treu zu bleiben, welche unsere Partei vertritt. Parteigenossen, wenn man alle Hebel in Bewegung setzt, um den nach menschemollrigem Dasein ringenden Arbeitern einen Damm entgegen zu setzen, so ist es Pflicht, treu zum Prinzip zu halten. Pöst man unsere Organisation auf, so müssen wir beweisen, daß wir Männer sind, welche auch außerhalb der Organisation Sozialisten sind. Hoch die Sozialdemokratie!  
F. Schaare.

**Höppingen, 30. August.** Am 17. d. M. hatte der Arbeiterverein hier eine Volksversammlung in den Gasthof „zum Hirsch“ einberufen mit der Tagesordnung: 1) „Der Unterschied zwischen den Prinzipien von Schale-Delitzsch, Hirsch, Dunder u. und denjenigen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei“; 2) „Unsere Prekariats- und der Reptilienfond“. Louis Eckstein aus Waldheim sprach über beide Punkte in klarer und fließender Weise. Die etwa 75 Personen zählende Versammlung, welche mit Ausnahme einiger Kleinhandwerker nur aus Arbeitern bestand, zollte dem Redner ungetheilten Beifall. Beim zweiten Punkt hatte auch unser verbissenes Amtsblättchen seinen gebührenden Antheil bekommen, worüber es andern Tags sehr vorlaut und bissige Bemerkungen machte, auf welche ihm der „Hohenhausen“ wieder, aber in ausständigerer Weise antwortete. Es gibt hier sehr viele National-bufelige, welche blindlings auf die Sozialdemokraten schimpfen, ohne gleich, wie das Amtsblättchen auch, nur das ABC vom Sozialismus zu verstehen, doch hört man häufig auch von Besessenen für uns günstige Ansichten äußern. Schaffen wir daher rüftig weiter für unsere Prinzipien und der Erfolg wird sich immer mehr zu unsern Gunsten wenden.

**Heilbronn, 23. August.** Parteigenosse Eckstein aus Sachsen trat am 14. d. Mts. hierorts in einer Volksversammlung als Referent auf. Eckstein sprach über „die Arbeiterbewegung und ihre Ziele“. Welche Ausnahme des Redners Vortrag fand, erhellt am besten daraus, daß nach Schluß der Versammlung 11 Einzeichnungen in die Parteiliste stattfanden.

**Mainz.** Am Sonnabend, den 22. März, referirte Parteigenosse Zierfas in einer Volksversammlung über seine Erlebnisse im hiesigen Gefängniß. Die „Süddeutsche Volksstimme“ berichtet hierüber:

„Redner wirft einen kurzen Rückblick auf seine Thätigkeit bei den letzten Reichstagswahlen, bei welcher Gelegenheit er die „Raschitätsbeleidigung“ begangen haben soll, die sich auf eine Aeußerung bezog, welchen von verschiedenen und kompetenten Zeugen widersprochen wurde, aber auf die Aussage eines Gensdarmen hin aufrecht erhalten wurde, weshalb man ihn mit zwei Monaten Gefängniß bedachte, welche er nun überstanden und die ihm Gelegenheit geboten, heute über einen Gegenstand zu sprechen, über welchen zu sprechen ihm seine Grundzüge und sein Menschlichkeitsgefühl gebieten. Wenn bisher von den schauerhaftesten Zuständen im hiesigen Gefängniß noch nichts in die Öffentlichkeit gedrungen, so ist dies dem Umstande zuzuschreiben, daß ein Mensch, der in diesem Gefängniß ein gemeines Vergehen verübte, nicht den Muth haben kann, öffentlich aufzutreten, um zu sagen: ich habe in diesem Gefängniß so und so lange Zeit zugebracht, und habe während dieser Zeit eine unmenschliche Behandlung an mir oder Anderen erfahren; er (Redner) sei in der Lage, dies thun zu können, weil er in diesem Gefängniß kein gemeines Vergehen verübte und als Sozialdemokrat die Pflicht habe, sich einer Menschenkassé anzunehmen, welche durch unsere gesellschaftlichen Einrichtungen auf die Verbrecherbahn gedrängt wurde. Redner betont, daß er für jede Anklage, die er vorzubringen habe gegen die Verwaltung u. c. des hiesigen Gefängnisses Zeugen und Beweismittel habe und in allen Fällen das von ihm Borgebrachte aufrecht erhalten könne. Zierfas unterzieht nun die Gefängnisordnung, von welcher er sich eine Abschrift machte, einer schonungslosen Kritik. Der Geist derselben befindet sich darin, daß dieselbe aus dem Jahre 1843 stammt und bis heute noch in voller Anwendung steht. Rathen- und Stockhiebe, in Ketten schließen, Arrest bei Wasser und Brod, sind für die geringsten Vergehen angesetzt. Ein Artikel dieser Gefängnisordnung macht es den Gefangenen zur Pflicht, die Zuchthauskleider in gutem Zustande zu erhalten und sie nicht zu zerreißen, widrigenfalls sie sich einer schweren Strafe aussetzen. Die Kleider seien aber in einem solchen Zustande, daß man sie schon vom bloßen Eigen oder beim Spazierengehen leicht zerreißen könne, geschweige denn bei der Arbeit. Ein alter Mann, der wegen eines unbedeutenden Vergehens eine Strafe verübte, hatte das Unglück, in den ersten 8 Tagen seine Hofe zu zerreißen, statt nun stillschweigend darüber hinwegzugehen, schon aus Respekt vor dem Alter, mußte sich der arme Mann dafür einen Faustschlag in das Gesicht von einem Aufseher gefallen lassen. Redensarten wie: Lump u. c. müssen die Sträflinge von den Bediensteten ruhig hinnehmen. In einem anderen Falle wurde ein junger Mensch von 18 Jahren, Schuhmacher seines Gewerbes, welchem schon der vierte Rückverlaß mißglückte, beim ersten, ehe er von der Justiz für dieses Vergehen abgeurtheilt wurde, von dem Gefängnispersonal deraußer mißhandelt, daß er acht Tage arbeitsunfähig war. Die Verwaltung des Gefängnisses bezeichnet Redner als ein Willkürregiment und eine Pashawirtschaft. Wie bekannt, müssen alle Gefangenen in die Kirche gehen, auch Zierfas war anfangs, wie wir wissen, davon nicht ausgeschlossen. Bei einer solchen Gelegenheit ereignete sich nachstehender Vorfall, welcher zeigt, daß der Gefangene in diesem Gefängniß den Launen und der Willkür jedes dort Bediensteten vollständig unterworfen ist. Ein Mann, der beim Hazardspiel sich erwischt ließ, hat dafür in diesem Gefängniß 1 Jahr zu verbüßen; er hat als Hülflehrer die jugendlichen Verbrecher zu unterrichten und als solcher auch dieselben in die Kirche zu begleiten und sie dort zu beaufsichtigen. Da nun geschah es einmal, daß der Geistliche in der katholischen Kirche bemerkte, wie der Mann die üblichen Ceremonien nicht mitmachte und wollte auch noch gesehen haben, daß er öffentlich gelacht habe und während seiner Funktion.

„Offentlich und mitten in seiner Funktion stellte der Geistliche den Missethäter darüber zur Rede (weil dieser während des Gottesdienstes gelacht haben soll), machte ihm sein Vergehen zum Vorwurf und erinnerte ihn an die Kleider, die er trage, mit der Bemerkung, daß er noch schlechter sei als ein Dieb oder Mörder, solche seien ihm (dem Priester) noch lieber. Nicht genug, der Geistliche wollte ihn überdies noch bestrafen wissen, weshalb er bei der vorgelegten Behörde über den Vorfall Anzeige machte. Die

eingeleitete Untersuchung darüber bereitete aber den Wunsch des Gottesmannes, da es sich herausstellte, daß der Betreffende immer das Ansehen habe, als ob er lache, was aber in Wirklichkeit nicht der Fall sei, was von sämtlichem Gefängnispersonal bekräftigt werden konnte. Der Unschuldige konnte jedoch nicht bestraft werden. Ob der Geistliche über sein taktloses Vorgehen in der Kirche gegenüber dem Gefangenen zurechtgewiesen wurde, oder ob für die Zukunft derartige rohe Verfahren gegen Gefangene unterlassen worden ist, darüber verlautete nichts. Wird ein Gefangener, welcher sich ein Vergehen zu Schulden kommen ließ, von einem Schlichter beim Verwalter denunziert, so heißt es: „Holt mir den Kerl!“ Der „Kerl“ wird vorgeführt, erhält seine Ration „Debnungs“-Strafe und wird wieder abgeführt und selten ohne die Ausrufung: „Haut ihn!“ „Aber nehmt Euch in Acht, daß es Niemand sieht und daß er nicht blutet.“ Das „Haut ihn“ ist meist eine Extrabrotgabe zur „Ordnungsstrafe“; aber gewöhnlich hat der Unglückliche die Hiebe schon von vornherein weg. Diese Exekution besorgen die Schlichter auf eigene Faust, ohne daß sie erst den Auftrag des Herrn Verwalters dazu abwarten. In den Arbeitszellen dieses Zuchthauses sind in der Regel 20 Gefangene beschäftigt. Die Ventilation derselben ist eine äußerst mangelhafte, zumal da nur wenige Fenster geöffnet werden dürfen. Man denke sich nun in die Lage der Unglücklichen, welche dazu verdammt sind, den ganzen Tag Tabak zu rippen oder Cigarren zu machen. Der Tabak, welcher verarbeitet wird, muß stets naß gehalten werden, was bewirkt, daß er in der Wärme stark ausdunstet, was eine Atmosphäre erzeugt, welche einem gesunden Menschen bei nährhafter Kost schon schädlich ist, und was müssen diese Armen erst davon leiden, welche ihre ganze Zeit weiter nichts als Hülsenfrüchte und Brot zu essen bekommen. Wird einer krank, was unter solchen Verhältnissen gewiß kein Wunder ist, so wagt er es selten, sich dem Doktor vorstellen zu lassen, weil er weiß oder erfährt hat, daß Andere deswegen schon arg mishandelt wurden. Redner konstatiert, daß während seiner Haft ein junger Mann unter 18 Jahren dermaßen durch die Tabakarbeit an seiner Gesundheit geschädigt war, daß er nicht mehr sich aufrecht zu erhalten vermochte und trotz seines Zustandes wurde er vom Arzte nicht in Behandlung genommen, weil dieser glaubte, es sei nur Bestrafung, obwohl das Gefängnispersonal wie die Gefangenen von der Krankheit des Armen vollkommen überzeugt waren, weshalb er auch durch die Verwaltung täglich zwei rohe Eier erhielt, um seinem Körper einigermaßen Stärkung zuzuführen. In diesem Zustande mußte er noch arbeiten, bis er endlich ins Spital aufgenommen werden mußte. Da sah man auf einmal ein, daß sein Leben nur gerettet werden könne durch seine Freilassung und man verwendete sich für seine Begnadigung. 6 Tage nach seiner Aufnahme in das Spital war der Arme eine Leiche; kurz vor seinem Tode war seine Begnadigung eingegangen. Ein anderer Gefangener, der krank wurde und sich zum Arzte meldete, wurde in einen Schlafsaal geführt und von Schließern derart geschlagen, daß es ihm für künftighin verging, sich zum Arzte melden zu lassen. Die Hülfen der Gemüthsarbeiten dringen selten über die Gefängnismauern hinaus und menschlich fühlenden Schließern ist es zu danken, wenn sie hinzupfingen und abwehren, daß es genug sei, die Nachbarschaft beschwere sich schon darüber u. s. w., und so den Gepeinigten vor einer längeren Mißhandlung beschützen. Was die Reinlichkeit betrifft, darüber kann Redner ebenfalls nichts Günstiges sagen; er führt an, daß der Gefangene ein ganzes Jahr nicht ein Stückchen Seife erhält, aber aus Reinlichkeitsrücksichten wird den Gefangenen der Bart abgenommen. Es sei auch nicht selten, daß in frisch gewaschener Wäsche noch Ungeziefer gefunden wird. Das Briefgeheimnis wird ebenfalls nicht gewahrt. Nachdem der Verwalter die Briefe an die Gefangenen gelesen, überkommt sie der Schlichter (offen), welcher keinen Auftrag zu haben scheint, dieselben sofort und ungelesen abzugeben. Die Nachtruhe der Gefangenen wird oft auf die grausamste Weise gestört. Nachts 2 Uhr halten die Schlichter meist Revision der Schlafsäle, wobei sie einen solchen Lärm verursachen, daß jeder Gefangene darüber aufwacht und es wenigstens gequält ist, wieder einzuschlafen. Auch die Tauben, Gänse u. d. Herrn Verwalters fangen schon frühzeitig an, den Schlaf zu stören. Der Verwalter sei auch gegen die Beschäftigten roh und rücksichtslos, was bewirkt, daß diese ihren Unmut wieder gegen die Gefangenen auslassen. Wir sind nun am Schluß unseres Referats angekommen und wollen nur noch erwähnen, daß wir noch lange nicht alle Vorwissenisse, mit welchen Bierfas die Einrichtungen des hiesigen Gefängnisses und die Behandlung der Insassen in demselben beleuchtete, besprochen haben, aus dem Grunde nicht, weil Bierfas von der Versammlung durch nachfolgende Resolution beauftragt wurde, eine Broschüre zu verfassen über seine Ergebnisse im hiesigen Gefängnis, in welcher er jeden einzelnen Fall eingehend behandeln wird. Welchen Eindruck die Aufzählung aller dieser empörenden Thatsachen auf die Versammlung machte, und mit welchen Worten dieselbe ihren Abscheu und ihre Enttäuschung darüber kundgab, glauben wir nicht besonders hervorheben zu müssen. Ob durch eine derartige rohe Behandlung die Gefangenen gedessert werden können und auf welcher Kulturstufe der Verwalter dieses Instituts steht? Diese Fragen überlassen wir der Beantwortung des Lesers.

Die angenommene Resolution lautet: „Die heutige Versammlung verdammt entschieden die unmenschliche Behandlung von Seiten der Beamten dieses Gefängnisses gegenüber den Gefangenen, namentlich die des Verwalters und erklärt, daß sie sich bemüht ist, keine Abhilfe schaffen zu können, weshalb die Versammlung Herrn Bierfas beauftragt, eine Broschüre über seine Beobachtungen im Gefängnis zu verfassen, um so den Pflichten der Menschlichkeit nachzukommen und der Behörde Gelegenheit zu geben, die Verwaltung über den Mißbrauch ihres Amtes zur Verantwortung ziehen zu können.“

Darmstadt, 30. August. Am 10. August hielten wir hier eine Arbeiterversammlung ab behufs Gründung von Gewerkschaften. Es wurde ein Comité gewählt, zusammengesetzt aus Vertretern verschiedener Gewerke, um eine Organisation ins Leben zu rufen. Bis jetzt haben sich die Schuhmacher, Holzarbeiter und Tapezierer organisiert. Zwar sind es nur Wenige, die gegenwärtig der Organisation angehören, wir hoffen aber, die Fernstehenden nach und nach heranzuziehen. Zugleich ersuche ich die Vorordnungsverwaltungen der Schneider und Metallarbeiter um ihre Adressen und wenn möglich auch um ein Statut.

Briefe sind zu senden an Unterzeichneten bei Herrn Demelade, Gasthaus zum „wildem Mann“.

Mit sozialdemokratischem Gruß Meißel.

Nürnberg, 25. August. In einer überaus stark besuchten Arbeiterversammlung wurde gefestigt der Gedanke an die Sedanfeier und hierauf nachsichende Resolution angenommen:

„In Erwägung, daß die Sedanfeier nichts weiter ist, als eine Verherrlichung des Militarismus und des privilegierten Klassenstandes, in Erwägung, daß jeder Krieg, namentlich ein solcher, der für Verfechtung rein dynastischer Interessen geführt wird, ein

Verbrechen gegen die Menschheit ist und sowohl die politische Freiheit als die ökonomische Entwicklung schädigt, in fernerer Erwägung, daß die Sedanfeier bloß von der nationalliberalen Clique arrangiert und keineswegs die Sympathie der gesamten städtischen Bevölkerung für sich, sondern im Gegentheil fast das gesamte arbeitende Volk gegen sich hat und auch die gegenwärtige Geschäftsnotlage nicht dazu langzuehen ist, um den Arbeitern unbezahlte Festtage zuzumuthen; in Erwägung all dieser Umstände erklärt die heutige Arbeiterversammlung, daß sie die Sedanfeier entschieden mißbilligt und dafür Sorge tragen wird, eine Gegenagitation ins Leben zu rufen; sie spricht ferner dem Nürnberg-Magistrat ihr tiefstes Mißtrauen wegen der Bewilligung von 400 Gulden aus dem Gemeindefiskus aus und erklärt, daß die Kinder der Arbeiter nicht dazu mißbraucht werden dürfen, bei der sogenannten Schulfeier des Festes als Statisten des Nationalliberalismus zu dienen.“

### Warnung.

Allen rechtschaffenen Menschen diene zur Kenntniß und Warnung, daß der Steinmetzgehülfe Karl Hillweg, aus oder bei Potsdam gebürtig, kurze Zeit bei mir in Arbeit gewesen ist und sich durch Vorspiegelungen mein Vertrauen zu erschleichen gewußt hat. Er versprach, meine Arbeiter, die allerdings nicht die besten waren, durch andere zu ersetzen; auch äußerte er seine Zufriedenheit mit seiner Stellung und versprach, zeitweilig bei mir zu bleiben, falls ich ihn behalten wolle. An einem Montage sollten per Omnibus von Brunsbüttel zwei Arbeiter eintreffen, es kam aber leider keiner. Hillwig wußte mir noch am Sonntag Morgen 9 Thaler abzulocken unter dem Vorwand, ein von seinen Eltern ererbtes und aus Verlegenheit verlegtes Bett einzulösen zu wollen, da am Dienstag der Verfallstermin sei. Sein Bruder sei schlecht genug gewesen, ihn im Stiche zu lassen. Hillwig hatte aber etwas Anderes im Sinne. Am Montag Morgen sollten die neuen Gehülfe kommen. Hillwig hatte sich aber schon Sonntag Mittag heimlich entfernt mit einer Schuld von 11 Thlr. 27 Sgr. Ich veröffentliche dieses, um vor Hillwig zu warnen und um ihn zur Wiedererstattung des Geldes zu veranlassen. Feiner möchte ich auch Hrn. Hugo Deutlich in Leipzig erinnern, die nun schon einjährige Schuld von 18 Thlr. zu berichtigen. Heide (Schleswig-Holstein).

E. F. Petersen, Steinmetz.

### Quittung.

Ich erhalte: 2 Thlr. von H. in Berlin; 15 gr. 7 pf. durch Herrn Julius Martin in Schmöln; 2 Thlr. 13 gr. durch Herrn Carl Bremer in Crimmitschau; 2 Thlr. durch Herrn Hermann Gottschalk in Köhnitz; 5 Thlr. durch Herrn Bemmle in Hamburg; 15 gr. durch Herrn Friedrich Debel in Götting; 5 Thlr. durch Herrn Albert in Glauchau; 1 Thlr. vom Arbeiterverein in Wülfen St. Jacob; 10 gr. von Herrn Scheimer in Wittenstein; 2 Thlr. durch Herrn Franz Frombold in Rylau; 11 gr. durch Herrn J. Endres in Augsburg; 1 Thlr. durch Herrn Reinhold in Gailenberg. Summa 22 Thlr. 4 gr. 7 pf.

Etwas weitere Sendungen sind an Unterzeichneten zu richten.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Wülfen St. Jacob. Anton Klotz.

### Genossenschaftsbuchdruckerei.

Anteilsscheine der Antiquitäten ertheilt ferner: In Bücherei Fr. Schly 5 Thlr., in Reulingen Ch. W. 1, u. D. St. 1 Thlr. [3]

### Briefkasten

der Expedition. E. Ost Berlin: „Zum Prosch Bajane“ ist nicht mehr auf Lager. M. Brth Pirmasens: Sie erhalten für Septbr. das Blatt unter Kreuzband. Vom 1. Oktober rathen wir Ihnen bei dortiger Post zu abonnieren, Sie ersparen dadurch die Kosten für Portis und erhalten das Blatt sicherer. R. Münzberg Markensbüttel: Ihr Mißverhältniß kostet uns 7 1/2 Gr. Porto.

### Quittung.

der Expedition: J. Müller hier: 18. 2 Thlr. Brühl Leipzig: Schr. 1 Thlr. Gdch hier: 18. 3. D. 1 Thlr. 2. E. Ost Berlin: Schr. 22 gr. 7. J. F. Wien: Schr. 2 Thlr. Karl Jittan: Schr. 1 Thlr. Arbeiterpartei Barmen: Ann. 13 gr. Arb.-P. Düsseldorf: Ann. 6 gr. A. Jut hier: 16. 5 gr. 5. Drig hier: 16 gr. 5. Andr. Essen: Schr. 1 Thlr. Wif Wülfen St. R.: Ann. 10 gr. Schr. 1 Thlr. 20. Wndt Camenz: Ann. 8 gr., Schr. 10 gr. 3. Frnz Zürich: Schr. 10 Thlr. Frsch Biersee: Schr. 5 gr. Eingru hier: Schr. 20 gr. 5.

### Anzeigen u.

Die rechts in [ ] angegebene Ziffer ist der Preis der betreffenden Annonce.

### Augsburg

Sozialdemokratische Arbeiterpartei.  
Samstag, den 5. August:  
Versammlung

in der Schützenhalle. Hüttenlocher. [5]

**Augsburg** Das Stiftungsfest des sozialdemokratischen Vereins findet eingetretener Verhältnisse wegen nicht im Rösch'schen Garten, sondern in den Drei Königen Sonntag, den 6. Septbr. statt und zwar pr. Programm: Nachmittags von 4-8 Uhr Concert, bei gänzlich freier Willkür im Garten, welcher eigens zu diesem Zwecke hergerichtet wird, Festrede und deflamatorische Vorträge. Nach Beendigung des Concerts Ball.  
Eintritt zum Concert à Person 6 Kr., zum Ball für Herren 18 Kr., Damen frei.  
Freunde und Genossenschaftsgenossen sind hierzu freundlichst eingeladen.  
NB. Sonntag Vormittags gemüthliche Zusammenkunft im Garten in den Drei Königen. [30]

### Barmen

Sozialdemokratische Arbeiterpartei.  
Samstag Abend 8 Uhr bei Knäbels:  
Geschlossene Mitgliederversammlung.

L.-D.: 1) Abrechnung; 2) wegen Abreise des Unterzeichneten Ernennung eines Vertrauensmannes. — Hieran: Oeffentliche Versammlung. Um zahlreichen pünktlichen Besuch bittet  
Rud. Böhm, Vertrauensmann. [7]

### Berlin

Gewerkschaft der Holzarbeiter.  
Sonntag, den 5. September, Abends halb 9 Uhr:  
Geschlossene Mitgliederversammlung Andreasstraße 26 bei Mittel.

Tagesordnung: Besprechung zur Wahl eines Delegirten zur Generalversammlung in Hannover und Berathung über das nächste Stiftungsfest. Kollegen! seid auf dem Platze.  
G. Lemke, Bevollmächtigter. [7]

### Berlin

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß vom 1. Septbr. in Berlin die Zeitschrift Socialist monatlich zweimal erscheint. Zu beziehen durch jede Postanstalt für 10 Sgr. pro Quartal, für Berlin auch durch A. Krantmann Engelauer 6b, monatlich für 3 1/2 Sgr. Einzelne Nummern 2 Sgr.

Die Redaktion und Expedition. [15]

### Düsseldorf

Sozialdemokratische Arbeiterpartei.  
Die Parteigenossen versammeln sich jeden Samstag Abend im Lokale des Hrn. L. Graf, Lambertstraße 10.

E. Tell, Vertrauensmann. [4]

**Eßlingen** Metallarbeitergewerkschaft.  
Nachdem unser leitender Bevollmächtigter G. Kehl aus der Arbeit entlassen wurde und in Folge desselben Eßlingen verlassen hat, wurde heute, den 29. August, Rochus Wermuth als Bevollmächtigter gewählt.  
Wohnort untere Bentau Nr. 12, wo jetzt auch das Reisegeld erhoben werden kann.  
R. Wermuth, Bevollmächtigter. [17 1/2]

**Gohlis** Arbeiterverein.  
Montag, den 7. September, Abends 8 Uhr: Gesellige Vereinigung mit Tanz in der Dierschenke. — Zutritt frei. — Vederbächer mitbringen. — Zahlreiche Theilnahme erwartet. D. S. [10]

**Hamburg** Sozialdemokratischer Arbeiterverein.  
Mittwoch, den 9. September, Abends halb 9 Uhr:  
Oeffentliche Versammlung bei Hausch, Schwanenburgerstraße Nr. 14.  
Tagesordnung: Die Verfolgung der „Reichsfeinde“ in Deutschland. Referent Praaß.  
Alle Parteigenossen und Freunde werden ersucht, immer thätiger zu agiren, damit die Versammlungen fleißig besucht werden.  
Peter. [8]

**Hamburg** Verband der Klempner und verw. Berufsgenossen.  
Sonntag, den 5. September, Abends halb 9 Uhr:  
Geschlossene Mitgliederversammlung bei Eckardt, Schoppensteck 22.  
Tagesordnung: Abrechnung. Vortrag. Vereinsangelegenheiten.  
L. Stoffel, Bevollm. [5]

**Leipzig** Gewerkschaft der Holzarbeiter.  
Sonntag, den 5. Septbr.: Versammlung Diaböhlstraße 7. — Sozialer Wochenbericht von Buttle. [3]

**Leipzig und Umgegend** Metallarbeiter-Gewerkschaft.  
Jeden Montag, Abends 8 Uhr: Sitzung bei Fröblich, Nicolaisstr. 38.  
Tagesordnung: 1. Sozialer Wochenbericht. 2. Diskussion über das Protokoll der Generalversammlung.  
Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.  
Der Bes. [6]

**Reichenbach i. V.** Nächsten Sonntag, Nachmittags 3 Uhr:  
Große Volksversammlung.  
Ref.: Herr Motzler aus Leipzig. — Abends 7 Uhr: Volksconcert mit Vorträgen vom Comiker Schapsky, Gesang, Deklamation u., wozu auswärtige Genossenschaftsgenossen freundlichst hierdurch eingeladen werden.  
Der Volksverein. [17 1/2]

Ich ersuche Valentin Kern, mir seine Adresse baldigst anzugeben.  
Hamburg. St. Georg, Bergstraße 34, Jean Ried. [6]

Von dem Liebe  
„Entweder Schweigen, oder — freies Quartier“  
haben wir zur Ergänzung der Vederbächer eine Partie separat drucken lassen. Preis pro Stück 5 Pf., 25 Stück 10 Gr., 100 Stück 15 Gr. gegen baar oder Postnachschuß.  
Leipzig, den 2. September 1874.  
Die Buchhandlung des „Volksstaat“.

Der Ende September erscheinende  
**Volksstaatkalender für 1875**  
wird außer dem bekannten Calendarium (dem diesmal auch der katholische Kalender beigelegt ist), ein Verzeichniß der Messen und Märkte Deutschlands enthalten.  
Literarischer Inhalt:  
Die Hanauer Turner im badisch-rheinpfälzischen Kufflande 1849; nach den Papieren ihres Corpsadjutanten, des verstorbenen Albert Dammerom. Von dem noch lebenden Sigismund Borkheim, Batterieführer in der badisch-rheinpfälzischen Rebellennarmee; Kothe Oskern, historisches Gemälde aus dem Bauernkrieg, von Robert Schweißel. Wo liegt die Rettung? Aus dem Tagebuch eines Sozialisten, von Otto Walster. Zur Grund und Bodenfrage. Verschiedenes.  
Preis 3 1/2 Gr. gegen baar.  
Bestellungen hierauf wollen rechtzeitig gemacht werden.

Ferner ist eine kleine Partie  
**Volksstaatkalender für 1874**  
in Folge Remissionen noch auf Lager. Preis pro Exemplar 2 1/2 Gr. Leipzig.  
Die Buchhandlung des „Volksstaat“.

Den Parteigenossen empfehlen wir folgende Organe zur Verbreitung:  
„Braunschweiger Volksfreund“, erscheint die Woche 6 Mal kostet per Quartal durch die Post bezogen 15 Sgr. — 52 1/2 kr. südd. W. Redakteur S. Kokoßky.  
„Chemnitzer freie Presse“, erscheint wöchentlich sechsmal, kostet per Post 18 Sgr. — 63 kr. südd. W. Redakteur: J. Bahlreich.  
„Crimmitschauer Bürger- und Bauernfreund“, erscheint wöchentlich sechsmal. Preis per Quartal 15 Sgr. — 52 1/2 kr. südd. W. Redakteur Gustav Kwasiensky.  
„Dresdner Volksbote“, erscheint wöchentlich sechsmal; kostet per Quartal 21 Sgr. — 1 fl. 17 kr. südd. W. Redakteur: Otto Walster.  
„Sozial-demokr. Wochenblatt“, erscheint in Nürnberg, wöchentlich zweimal, Preis per Post 11 1/2 Sgr. — 40 kr. südd. W.  
„Der Zeitgeist“, erscheint in München wöchentlich sechs Mal. Preis per Post 45 kr. — 13 Sgr. Redakteur: Geiser.  
„Hofener Zeitung“, erscheint wöchentlich zweimal. Preis per Post 41 kr. — 11 Gr. Redakteur: Carl Lienig.  
„Süddeutsche Volksstimme“, erscheint wöchentlich dreimal in Mainz. Preis per Quartal 45 kr. — 13 Gr. Redakteur: J. Koss.  
„Süddeutsche Volkszeitung“, erscheint wöchentlich einmal in Stuttgart. Preis per Quartal 29 kr. — 8 1/2 Sgr. Redakteur: Carl Hillmann.  
„Gleichheit“, Organ der Arbeiterpartei in Oesterreich, erscheint wöchentlich einmal in Wiener-Neustadt. Preis per Quartal 75 kr. öst. — 15 Gr.  
„Arbeiterwochenchronik“, Organ der ungarischen Arbeiter, erscheint in deutscher Sprache in Buda-Pest. Preis per Quartal 60 kr. öst. — 12 Gr.  
„Arbeiterfreund“, erscheint am 2. und 4. Sonntag eines jeden Monats in Reichenberg. Preis 50 kr. — Gr.  
„Die Tagwacht“, Organ des schweizerischen Arbeiterbundes; erscheint wöchentlich zweimal in Zürich. Preis per Quartal 14 Sgr. — 49 kr. südd. W.  
„Felleisen“, Organ der deutschen Arbeiter-Bildungsvereine in der Schweiz, erscheint in Zürich monatlich zweimal. Preis per Quartal 9 Gr.  
„Arbeiterzeitung“, erscheint in New-York wöchentlich einmal. Preis per Quartal 65 Cts. (1 Thlr. 5 Gr.)  
„Vorbote“, erscheint jeden Sonntag in Chicago. Preis pro Quartal 65 Cts. (1 Thlr. 5 Gr.)  
„De Werker“, erscheint wöchentlich 1mal in Antwerpen. Preis

Leipzig: Verantw. Redakteur: M. Pfeiffer. (Redaktion und Expedition Zeilgerstr. 44.) Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei